

Bereitschaft der Regierung unzufrieden, sie stärker an der COP 17 zu beteiligen. So intensivierten manche nach diesem internationalen Großereignis ihre kritischen klimapolitischen Forderungen. Zudem ist Südafrika immer noch durch große wirtschaftliche und soziale Ungleichheit geprägt, sodass auf vielen Ebenen politische Änderungen notwendig sind. Das beeinflusst die kontextspezifische Bedeutung von Klimagerechtigkeit.

Müllers detaillierte Analyse ist nicht nur für Südafrika-Forscher/-innen von Interesse, sondern für alle, die sich mit sozialen Bewegungen befassen und Klima- bzw. Umweltorganisationen im Kontext internationaler Konferenzen besser verstehen wollen.

Rita Schäfer

(<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.13>)

Daniel Plaatjies, Margaret Chitiga-Mabugu, Charles Hongoro, Thenjiwe Meyiwa, Muxe Nkondo & Francis Nyamnjoh (Hg.): *State of the Nation. South Africa 2016: Who is in Charge? Mandates, Accountability and Contestations in South Africa*. Pretoria: HSRC 2016, 511 Seiten

Südafrika ist nicht nur gekennzeichnet durch komplexe und oft widersprüchliche Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch durch kritische Forschungen etlicher hochkarätiger Wissenschaftler/-innen über diese Entwicklungen. Die vom *Human Science Research Council* (HSRC) in Pretoria herausgegebenen Jahresbilanzen ermöglichen Einblicke in das jeweils aktuelle Forschungsspektrum. Der Sammelband 2016 konzentriert sich auf staatliche Strukturen, politische Machtmechanismen und Dynamiken in der jungen Demokratie.

Er ist in fünf Kapitel unterteilt: Die insgesamt zweiundzwanzig Aufsätze befassen sich mit staatlicher Politik sowie der politischen Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (Kapitel 1). Im wirtschaftlichen Themenblock geht es um den nationalen Entwicklungsplan, Armutsprobleme und die urbane Ökonomie (Kapitel 2). Das dritte Kapitel über gesellschaftliche Dynamiken nimmt soziale Bewegungen, die gegen Zwangsraumungen und Korruption in Lokalverwaltungen vorgehen, Rechtsberatungsorganisationen und praxisorientierte Bildungsfragen in den Blick. Im vierten Kapitel über Gesundheit und Umwelt werden Strukturen des Gesundheitssektors und weit verbreitete Krankheiten vorgestellt; Bezugspunkt ist das Recht auf Gesundheit. Darauf beziehen sich punktuell auch die Beiträge über die Wasserqualität und ökologische Veränderungen. Das fünfte Kapitel schließlich widmet sich der südafrikanischen Außenpolitik. Es erörtert friedens- und migrationspolitische Entscheidungen sowie Südafrikas Rolle innerhalb der BRICs, also der Partnerschaft mit Brasilien, Russland, Indien und China. Etliche Beiträge wurden von mehreren südafrikanischen Wissenschaftler/-innen gemeinsam verfasst, die an unterschiedlichen Universitäten und in verschiedenen Disziplinen tätig sind. Dies trägt zur Multiperspektivität bei.

Exemplarisch für die informativen und regierungskritischen Analysen werden nun einzelne Aufsätze vorgestellt.

Richard Calland, Jurist an der *Universität Kapstadt*, und Gary Pienaar, Mitarbeiter des HSRC, stellen so genannte *Chapter-Nine*-Institutionen vor. Das sind

staatliche Einrichtungen, die unter Bezug auf das Kapitel Neun in der südafrikanischen Verfassung von 1996 gegründet wurden und deren Umsetzung sowie die Verfassungsdemokratie unterstützen sollen. Hierzu zählen beispielsweise die Menschenrechts- und Genderkommission und der *Public Protector* (Ombudsfrau/-mann). Sie sind gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig und fungieren als unabhängige Kontrollinstanzen gegenüber der Regierung.

Besondere Bedeutung und mediale Beachtung erhielt die Ombudsfrau, deshalb widmen Calland und Pienaar ihr einen Großteil ihrer Erläuterungen. Zwischen 2009 und 2016 bekleidete die Juristin Thuli Madonsela dieses Amt. Sie untersuchte den Missbrauch staatlicher Gelder, konkret die Ausgaben für Erweiterungsbauten der privaten Residenz von Präsident Jacob Zuma. Im so genannten Nkandla-Skandal wurde deutlich, dass Baumaßnahmen getätigt worden waren, die nicht für Sicherheitszwecke oder sonstige offizielle Funktionen notwendig waren. Es gab einen Justizprozess, und Zuma musste einen Teil des Geldes zurückzahlen. Wegen ihrer investigativen Studie wurde Madonsela von Vertretern der Regierungspartei *African National Congress* (ANC) angefeindet, was auf Probleme hinsichtlich deren Demokratieverständnisses hinweist.

Die Autoren erläutern, dass sich schon Ende der 1990er Jahre das bestehende Spannungsverhältnis zwischen der ANC-Regierung und *Chapter-Nine*-Institutionen deutlich zeigte, als einzelne Mitarbeiter aufgrund ihrer Amtspflichten an der Aufdeckung eines Korruptionsskandals im Rüstungssektor mitwirkten. Daraufhin wurden die Finanzen und administrativen Kapazitäten der *Chapter-Nine*-Institutionen reduziert. Dadurch wurde deren Effizienz beeinträchtigt, zumal sie bereits hohe Arbeitsbelastungen hatten. Das betraf beispielsweise die Menschenrechtskommission. Calland und Pienaar weisen abschließend darauf hin, wie wichtig Debatten und politischer Druck durch die Zivilgesellschaft sind, damit die Kontrollgremien der Regierungsarbeit ihre Pflichten erfüllen und Regierungsvertreter/-innen zur Rechenschaft ziehen können.

Kontrolle über das rechtmäßige Handeln von Mitarbeitern/-innen in öffentlichen Verwaltungseinrichtungen ist eine Forderung, die *Ivan Turok*, ein Kapstädter Stadtforscher, in seinem analytisch gut strukturierten und anschaulichen Beitrag über Behörden in den Metropolen erhebt. Auch er misst der Zivilgesellschaft große Bedeutung zu, sieht aber auch den Privatsektor sowie politische Gremien und Entscheidungsträger/-innen in den urbanen Zentren in der Pflicht. Er erläutert, warum in so vielen urbanen Gebieten, die von armen Bevölkerungsgruppen bewohnt werden, immer wieder Demonstrationen organisiert werden, diese lokalspezifischen Protestformen aber nicht auf Provinzebene oder darüber hinaus vernetzt sind. Er argumentiert: Die Probleme im Transport und in der Abwasserversorgung, Korruption im Zugang zu Wohnraum und anderes mehr seien in ihrer Ausprägung stadtspezifisch. Die Protestierenden seien politisch isoliert und physisch fragmentiert. Ihnen fehlten übergreifende Netzwerke, um gegen die mangelnde Rechenschaftspflicht, inkompetente Mitarbeiter und schwache Führungspersonen in den Stadtverwaltungen vorzugehen. So erschienen Strukturprobleme als partikulare Schwierigkeiten. Dabei

mangele es vielerorts an der Koordination sektoraler Programme und dem Austausch zwischen verschiedenen Abteilungen in den Gemeindeverwaltungen.

Turok betrachtet die Defizite in den öffentlichen Dienstleistungen als Folge der „Rassentrennungspolitik“ des Apartheidregimes, das über 40 Jahre der schwarzen Bevölkerungsmehrheit das Recht auf den Zugang zur Stadt und allgemeine staatsbürgerliche Rechte verweigerte. In seinen historischen Rückbezügen legt er dar, dass die räumliche Separierung und die Desintegration der urbanen Verwaltung und Dienstleistungen hierdurch verursacht sind. Um diese Probleme und die räumlichen Trennungen zu überwinden, seien im Zuge der politischen Wende ab 1994 umfassende Strukturreformen angegangen worden. Aber die reichten offenbar auch nicht, um ein undemokratisches und fragmentiertes System sowie gravierende Koordinationsprobleme zu überwinden. Darüber hinaus mangle es an integrierten Langzeitplanungen und Kompetenzentwicklungen für hoch komplexe Steuerungsprozesse. Zudem seien Städte und Metropolen mit rasantem Zuzug von Bewohner/-innen und der Errichtung von irregulärem Wohnraum ohne Infrastruktur wie Wasser, Abwasser und Stromversorgung konfrontiert. Die Erhebung und Erhöhung von Gebühren und Steuern führten vielerorts wiederholt zu Konflikten und öffentlichen Protesten, andererseits seien sie aber wichtige Grundlagen für städtische Einnahmen.

Solche Ambivalenzen und Widersprüche analysieren auch viele andere Autoren/-innen in diesem aufschlussreichen Sammelband. Angesichts der historisch bedingten, langlebigen Strukturen und der gleichzeitigen enormen Dynamik in der südafrikanischen Politik sowie den daraus resultierenden sozio-ökonomischen Folgen ist es immer wieder hilfreich, fundierte Bestandsaufnahmen und kenntnisreiche Hintergrundanalysen zu lesen, die dazu beitragen, tagespolitische Ereignisse und konfliktreiche wirtschaftliche und soziale Prozesse zu kontextualisieren.

Rita Schäfer

(<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i1.14>)

Christoph Marx: *Mugabe. Ein afrikanischer Tyrann.*

München: C.H. Beck 2017, 333 Seiten

Nur wenige Wochen nach Erscheinen dieser Biographie war zu lesen, mit dem unter recht dramatischen Umständen erzwungenen Rücktritt Robert Mugabes von seinem Amt als Präsident Zimbabwes sei eine Ära zu Ende gegangen. Der Verlauf der Ereignisse schien bei genauerer Betrachtung jedoch noch offen zu lassen, ob sich diese Einschätzung bewahrheitet. Gerade wenn sich die Zweifel daran bestätigen sollten, dass es hier zu einem deutlichen Bruch und gar zu einer Wendung zum Besseren kommen werde, unterstriche dies eine der Stärken der vorliegenden Darstellung.

Christoph Marx, der an der Universität Duisburg-Essen Außereuropäische Geschichte lehrt, vermittelt im Medium der Biographie zugleich eine Geschichte des Befreiungskampfes und der ersten Jahrzehnte der Unabhängigkeit in Zimbabwe. Das bietet sich sicher an, wenn es um das Leben der Person geht, die in dem Geschehen seit den frühen 1960er Jahren eine prägende und über lange Zeit beherrschende Rolle gespielt hat.